



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Erinnert Euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Nicht zehn Jahre zurück! Erinnert Euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo Ihr noch nicht wußtet, was Ihr später in Schmerzen und Qualen erfahren habt. Erinnert Euch an die Begeisterung für den Krieg, die in jenen Tagen die Massen ergriff. Erinnert Euch, mit wie vollendeter Kunst sie von den Zeitungen in allen Ländern geführt wurde. Nicht um Euch zu tadeln, nicht um Euch zu kränken, erinnern wir Euch an die damalige Kriegsbegeisterung, sondern um Euch zu fragen, ob solch unheilvolles Mißverständnis noch einmal vorkommen darf.

Millionen ruhen in den Gräbern; Millionen Krüppel leben unter uns; Millionen Kinder werden ihr Lebenlang den Stempel der „großen Zeit“ tragen; Millionen sind arbeitslos; Millionen darben und hungern. Noch sind die Ruinen nicht aufgebaut, noch ist die Wirtschaft nicht im Gang; noch sieht jeder, der sehen will, die Verheerungen des Krieges.

Aber schon wagen sich die Kriegsbeher wieder hervor.

Sie spekulieren auf die Vergesslichkeit der Menschen. Ludendorff und Poincaré wurden in diesem Jahre bei den Wahlen geschlagen. Aber täuschen wir uns nicht: je mehr Zeit vergeht, um so leichter wird es wieder, Kriegsstimmung zu erzeugen. Und daher rufen wir Euch auf, benötigt dieses Gedächtnisjahr des Kriegsbeginns, um die Erinnerung zu wecken an alle Greuel, die wir erlebt, um das Bewußtsein zu festigen, daß nie wieder Krieg sein darf!

Aber das Gefühl des Abscheus vor dem Krieg genügt nicht, die Völker müssen zur Erkenntnis der Ursachen der Kriege kommen, um sie zu beseitigen.

Und deshalb genügt es uns nicht, die Verbrecher, deren Schuld in ihren eigenen amtlichen Dokumenten zweifelsfrei klargelegt ist, zu verfluchen, sondern wir

müssen eine Weltordnung beseitigen, die immer wieder Kriegsverbrecher erzeugt, die uns ständig mit allem Unheil der Barbarei bedroht.

Während des Krieges verkündete man, daß gekämpft werde, damit dieser Krieg der letzte Krieg sei. Wir sehen jedoch, daß der Militarismus immer neue Kraft gewinnt. Den Besiegten ist es zwar verboten, aber unter den ehemals verbündeten Siegern kommt das Betrüsten zu nie gekannter Blüte. Und damit bleibt die Gefahr kriegerischer Explosionen so groß wie nur jemals.

Im Krieg verkündete man, daß sein Ergebnis der Völkerbund sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde. Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Verwirklichung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt. Wir fordern, daß in den Völkerbund alle Staaten aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verfindigung unbenutzt und unversucht lassen. Aber wir wissen: das kapitalistische Interesse kommt immer wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegesgefahr, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verfindigung und internationale Schiedsgerichte; wir wollen alle Kräfte organisieren in unseren Gewerkschaften und Genossenschaften, in unseren politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den internationalen Abwehrkampf in allen Formen bis zum Generalfreist vorzubereiten. Aber wir wissen, daß

alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Solange der ungeheuerliche Machtapparat des Militarismus besteht, solange kapitalistische Mächte die Möglichkeit haben, diesen Machtapparat in Bewegung zu setzen, solange werden die arbeitenden Menschen das Opfer von Kriegen sein. Physische Gewalt, ökonomischer Druck und nicht zuletzt zielbewußte Stimmungsmache für den Krieg werden den Massen immer wieder die Waffen in die Hand drücken, sie auch gegen ihren Willen zu blinden Werkzeugen der Kriegsinteressenten machen. Die persönliche Kriegsdienstverweigerung wird stets eine eindrucksvolle Demonstration sein, nicht aber als Massenerscheinung den Gang des Verhängnisses wirklich hemmen können.

Daher gibt es keinen Weg als die Kriegsmöglichkeit mit der Wurzel auszurotten; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir Euch auf, in gewaltigen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Abgrund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914.

Gedenket des großen Kämpfers des Weltfriedens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung; gedenket Jean Jaurès, des ersten Opfers im Weltkrieg!

Gedenket der Tausende und Tausende treuer Genossen, die uns entrißen wurden; gedenket der Tausende Krüppel, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren; gedenket der Leiden der Frauen und Kinder!

Denket Arbeiter und Arbeiterinnen und vor allem auch Ihr Jugendgenossen an Eure große geschichtliche Aufgabe, und gelobet, daß Ihr nicht erlahmen wollt im

### Krieg gegen den Krieg!

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam). Die Sozialistische Arbeiterinternationale (London). Die Sozialistische Jugendinternationale (Berlin).

### Zum Sachverständigen-Gutachten.

II.

Von großer Bedeutung ist die Auswirkung der Annahme des Sachverständigen-Gutachtens auf Deutschland. Es ist zu erwarten, daß die Annahme vorerst eine wesentliche Besserung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben wird. Insbesondere sind es der Wegfall der Ricumlasten und die Einführung der Goldwährung, die es der deutschen Wirtschaft ermöglichen werden, den Weg der gesunden Weiterentwicklung zu beschreiten. Auch die 800-Millionen-Goldanleihe wird der deutschen Wirtschaft einen Teil flüssigen Kapitals liefern, während der andere Teil zur Bezahlung der Kohlen- und sonstigen Sachleistungen dienen soll. Dies sind jedoch nur vorläufige Auswirkungen. Sie werden es jedoch ermöglichen, Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen so zu gestalten, daß es möglich sein wird, die auf Grund des Dawes-Gutachtens festgelegten Zahlungen zu leisten, ohne Deutschland neuen Erschütterungen auszusetzen.

Neben dem Guten enthält das Gutachten auch verschiedene Mängel, die sich ebenfalls über kurz oder lang auswirken werden. Sobald diese Mängel sich zeigen, müssen wir betonen, diese durch weitgehende Verbesserungen am Dawes-Gutachten zu beseitigen. Die vorläufigen hauptsächlichsten Bedenken am Sachverständigen-Gutachten liegen in vier Punkten. Da ist erstens zu nennen, daß die Belastung des deutschen Volkes bedeutend schwerer wird als der Dawes-Bericht annimmt, zweitens die wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die der Plan enthält, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. Teile des deutschen Volkvermögens vorweg verkaufen will, ohne daß überhaupt gesagt ist, wieweil denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkvermögens überhaupt gefordert werden, drittens liegt eine Gefahr darin, daß die

Eisenbahnfrachten nicht mehr allein nach den Interessen der deutschen Wirtschaft festgesetzt werden können und die deutsche Zinspolitik im Interesse der Transferierung (Uebertragung ins Ausland) in fremde Hand gelegt wird. Viertens muß noch festgestellt werden, daß die Verteilung der Lasten, wie sie der Bericht vorsieht, die Arbeiterschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher unverhältnismäßig schwer belastet.

An dem zuerst aufgeführten Fehler sind die deutschen Industrien nicht ganz schuldlos. Diese haben allüberall die deutsche Wirtschaft als rettungslos passiv hingestellt und hauptsächlich den Achtsundentag als die Ursache dieser Passivität bezeichnet. Auf Grund der bitteren Klagen erwartete man in Deutschland heruntergewirkeltete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielleicht sogar unterernährte Unternehmer zu finden. Statt dessen sah man ausgebauten Fabriken, ein ganz leidlich wieder hergestelltes Eisenbahnnetz und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer. Daraus und auch auf Grund einzelner Mißgriffe in dem dem Sachverständigen vorgelagerten Material sind diese nun zu einem genau umgekehrten Schluß gekommen, nämlich, daß die Wirtschaftskraft Deutschlands unverhältnismäßig viel größer ist als irgend jemand es bisher gesagt hat. Auch ist die Schätzung auf schnelle Steigerung des Volkseinkommens eine falsche. Die Sachverständigen haben aus dem ihnen vorgelegten Material entnommen, daß das deutsche Volkseinkommen in vier Jahren die Höhe von 1914 erreicht haben würde. Sie schließen das aus der Tatsache, daß die Volkszahl trotz der abgetretenen Gebiete von 59%, auf 64 Millionen gestiegen ist und auch die Zahl der Erwerbstätigen, die nach der Zahlung von 1907, minus den Abtretungen, 27 1/2 Millionen betragen müßte, jetzt 33 Millionen beträgt. Nicht berücksichtigt haben die Sachverständigen, daß es gerade die Berarmung der Bevölkerung ist, die zu er-

höhter Erwerbstätigkeit zwingt. Diese Ueberhöhung des deutschen Volkseinkommens bringt bei den später zu leistenden Zahlungen dem Volke eine Belastung, die jetzt als fast untragbar erscheint. Zu dem zweitens genannten Mangel ist zu erwähnen, daß, ohne eine Festsetzung der deutschen Gesamtschuld vorzunehmen, Teile des deutschen Volkvermögens, und zwar 11 Milliarden Mark Eisenbahnobligationen und 5 Milliarden Mark Industriebobligationen vorweg verkauft werden können. Das erschwert aber wieder außerordentlich die Kapitalisierung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen alle Beteiligten das größte Interesse: die Begner, weil sie so schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler, zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland, weil es vertragsmäßig dann die Räumung der besetzten Gebiete verlangen und auch mit einer äußersten Anstrengung sich wieder freie Bahn für seine ganze Wirtschaft schaffen kann. Auch hat die deutsche Arbeiterschaft jetzt ein besonderes Interesse daran, daß die Reparationen bald vom privaten Kapitalmarkt übernommen und in eine einfache Schuld verwandelt werden, deren Zinsen nicht mehr durch besondere Garantien, sondern durch die allgemeine staatliche Finanzpolitik aufgebracht werden müssen. Die Ausbreitung der Gemeinwirtschaft hält auch die Arbeiterschaft für dringend erwünscht. Die Verwindung der Eisenbahn in eine Privatgesellschaft und ihre Belastung mit privaten Obligationen liegt sicherlich nicht in dieser Richtung, und die Verpflichtung der einzelnen privaten Unternehmungen zur Obligationenschuld gegenüber der Entente begünstigt dergleichen auch nicht. Die Preis- und Frachtpolitik der Eisenbahn soll, wie unter drittens erwähnt, nicht mehr nach rein deutschen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach den Interessen einer hohen Rentabilität einer Eisenbahngesellschaft betrieben werden. Dies wird bald eine

Erhöhung der Frachtsätze und damit Preissteigerungen zur Folge haben, welche wiederum schwer belastend auf die Lebenshaltung der Bevölkerung wirken. Deshalb hat die Arbeitererschaft ein hohes Interesse daran, die Spezialschuld in Form von Eisenbahnobligationen in eine allgemeine Schuld zu verwandeln.

Dasselbe gilt von der Zinspolitik. Diese ist in die Hände der neuen Notenbank und eines „Agenten für Reparationszahlungen“ gelegt. Dieser soll einmal die vorgeschriebenen Marktbeträge einziehen und dafür so viel wie möglich Devisen oder auch deutsche Waren kaufen, unter Umständen auch deutsche Aktien und sonstige Sachwerte. Was er nicht aus Ausland übertragen (in der Sprache des Berichtes „transferieren“) kann, das soll er in Deutschland für Rechnung der Entente anjammeln und ausleihen.

In dieser Hinsicht gibt man sich vielfach übertriebenen Hoffnungen hin. Die Hauptaufgabe des Agenten ist schließlich, dafür zu sorgen, daß die Entente möglichst große Zahlungen in Gold und Sachleistungen erhält. Deshalb muß er dafür sorgen, daß möglichst viel Devisen nicht nur nach Deutschland hineinkommen, sondern besonders auch verfügbar in der neuen Notenbank bereitgestellt werden. Das kann man erfahrungsgemäß so machen, daß man den Zinssatz hoch ansetzt. Hoher Zinssatz lockt nicht nur Inlandgelder, sondern auch Auslandgelder, also Devisen an. Auf diese Möglichkeit weist der Dawes-Bericht zwar vorichtig, aber doch recht deutlich hin. Nun besagt ein volkswirtschaftliches Gesetz: Steigt der Zins, so sinkt der Lohn. Und das ist hier sehr leicht zu sehen. Auf dem Weltmarkt muß unser Preis dem der anderen Länder mindestens gleich, vielleicht noch etwas niedriger sein. Sind nun unsere Zinsen höher wie die der anderen Völker, so müssen auf die Dauer unsere anderen Selbstkosten, insbesondere unsere Lohnkosten, eben niedriger sein. Deshalb liegt in dieser ganzen Regelung die Gefahr einer Niedrighaltung des Lohnniveaus zugunsten der „Transferierung“. Auch deshalb hat das deutsche Volk im allgemeinen, die Arbeitererschaft im besonderen, ein starkes Interesse daran, daß diese Art der „Transferierung“ durch Aufnahme einer einfachen Auslandsschuld erledigt werde. Das ist aber wieder nur möglich bei endgültiger Abmachung über die ganze Schuld.

Unter viertens ist gesagt worden, daß die Arbeitererschaft durch das Sachverständigen-Gutachten erneut schwer belastet wird. Die Lastenverteilung im Normaljahr wird wie folgt angenommen: die Eisenbahnfrachten und Eisenbahnsteuern rund 40 Proz., Sachwertbelastung der Industrie 12 Proz., Verbrauchssteuern, Zölle und Tabakmonopol 48 Proz. Nun ist die Belastung der Eisenbahn auch nichts anderes als die Verbrauchssteuer. Wie oben angeführt, wirken sich Frachterhöhungen usw. auf die Preise aus. Die Arbeitererschaft wird also 88 Proz. der Lasten, das sind sieben Achtel tragen müssen und Industrie und Handel nur ein Achtel. Dieses Mißverhältnis überleben auch die Verfasser des Dawes-Berichtes nicht. Sie weisen in ihren Darstellungen darauf hin, daß Deutschland bei der Gestaltung seiner Steuerpolitik einen Ausgleich finden müsse, und zwar durch die teilweise Entlastung des Verbrauchs und der höheren Belastung des Reichtums und der hohen Einkommen. Im übrigen schlägt das Gutachten noch insbesondere ein Tabakmonopol vor. Auch die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die die Ware um 10 Proz. verteuert, verlangen die Sachverständigen und weisen auf drei weitere Steuerquellen, und zwar auf die Erbschaftsteuer, die Besteuerung der Inflationsgewinne und auf die eventuelle Sachwertbelastung der Landwirtschaft hin. Diese Hinweise der Sachverständigen sind erfreulich und besonders der Punkt im Gutachten, der besagt, „daß die

Lebenshaltung der deutschen Arbeitererschaft nicht unter der der anderen Länder liegen soll“.

Der Zustand, den das Sachverständigen-Gutachten schafft, ist keinesfalls so, daß man ihn als eine gerechte Verteilung der Lasten des verlorenen Krieges bezeichnen kann. Er belastet zunächst die breiten Massen. Dieser weist er jedoch den Weg, bei der Festlegung der inneren Staatslast den Kampf um gerechte Lastenverteilung zu führen.

Diesen Kampf kann die Arbeitererschaft führen, indem sie um die erträgliche Gestaltung ihrer Lebenshaltung, unter Hinweis auf den oben genannten Punkt, den Lebensstandard der deutschen Arbeiter gleich den der ausländischen zu erhalten, ringt. Ferner muß die Arbeitererschaft die schnellste Herabsetzung der Umsatzsteuer, die stärkste Heranziehung des Reichtums, die Würdigung der Reparationslast durch weitgehende Sachwertentlastung und Sachwertbelastung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankwesen, durch Einführung von Monopolen und Steigerung des Ertrags der nationalen Arbeit durch höhere Organisation in der Volkswirtschaft verlangen. Dies letztere ist möglich, a) nicht durch Schutzpolitik, sondern durch reichliche Zuführung billigster Betriebskosten, insbesondere von Dünge- und Düngemitteln für die Landwirtschaft; b) bewusste Förderung der profitlosen Warenvermittlung, insbesondere der Großvertriebsstellen; c) Steigerung des Ertrags unseres Außenhandels durch weitgehende Handelsverträge, die nicht durch Abschließung, sondern auf immer weitergehende internationale Arbeitsteilung abzielen; d) durch Begünstigung der inländischen Erzeugnisse und Beteiligung auch des kleinen Spargers an dem Ertrage dieser Kapitalbildung durch hohen Zins bei Sparkassen und allen öffentlichen Kreditanstalten für Einlagen.

Die Last des Dawes-Berichtes ist immer noch weit größer, als sie je einem Volke in der Weltgeschichte auferlegt worden ist. Sie wird nur dann abgetragen werden können, wenn wir durch höchste Organisation unserer volkswirtschaftlichen Kräfte den größten Nutzeffekt aus unserer Wirtschaft und unserer Arbeit herausholen können. Wird dieser Nutzeffekt nicht durch Druck und Verleumdung, sondern durch Verbesserung des gesamten wirtschaftlichen Apparats unseres Volkes erzielt, so wird trotzdem eine Besserung unserer Lage und eine berechtigte Hoffnung auf eine weit bessere Zukunft das Ergebnis sein können. Aber nicht bei fatalistischem An- und Hinnehmen, sondern bei bewußtem Erkennen der Ziele und energischer Anwendung der Mittel.

## Gewerkschaftstampf und Christentum.

Von Dr. Gustav Hoffmann.

Die freien Gewerkschaften sind wirtschaftliche Kampforganisationen, in denen die religiöse Ueberzeugung der Mitgliedern als persönliche Angelegenheit völlig überlassen bleibt. Trotzdem wurden die freien Gewerkschaften immer wieder als religionsfeindlich bekämpft, und besonders nimmt die katholische Kirche in neuester Zeit bekanntlich in fanatischer Weise gegen die freien Gewerkschaften Stellung.

Daß das religiöse Bekenntnis jedes einzelnen Mitglieds der freien Gewerkschaften unangetastet bleibt, das weiß die Kirche ganz genau. Sie weiß auch selbst aus den rein katholischen Gebieten kein gegenteiliges Material gegen die freien Gewerkschaften in dieser Beziehung in Feld zu führen. Aber wir wollen den unterschiedenen Kampf gegen die Unterdrücker; wir wollen den klaren Kampf um unser wirtschaftliches Recht; wir wollen den Klassenkampf, und das ist es, weshalb sich die Kirche gegen die freien Gewerkschaften erhebt. Wir führen einen wirtschaftlichen Kampf ganz

besonderer, entschiedener, zielbewusster Art, der den von der Kirche betreuten Gewerkschaften eine unliebame Konkurrenz bedeutet, und deshalb, offen und geheim, in kirchlichen Erlässen und in Predigten von Pfarrern und Missionaren, diese Verhinderer, die Gefahr, die die freien Gewerkschaften dem Kapitalismus bedeuten, herabzumindern.

Die Kirche hat es zu allen Zeiten mit den Mächtigen gehalten, und darum entspricht ihr Bemühen, die freien Gewerkschaften als die entsetzlichen Gegner des Kapitalismus, dieser Macht von heute, zu bekämpfen, ihrer Tradition. Eine andere Frage ist die, ob diese Tradition christlich ist, ob diese indirekte Unterstützung kapitalistischen Herrentums unserer Tage im Sinne der Lehre ist, die die Kirche zu vertreten behauptet.

Hierbei bleibt es auch wieder jedem einzelnen überlassen, welche Stellung er dem Nazarener gegenüber einnimmt, ob er ihn für einen Gott oder für einen Menschen hält, ob er seine Existenz leugnet, weil manche Begebenheiten seines Lebens auch in anderen Religionen wiederkehren, oder ob er an seine Existenz glaubt, weil neben jenen in den Religionen immer wiederkehrende Einzelheiten vom Nazarener außerdem noch Ausprüche genialen und ganz revolutionärer Art überliefert sind. Für das Problem: Gewerkschaftstampf und Christentum kommt es nicht auf die religiöse Theorie an, die ja jedem überlassen bleibt, sondern auf die Tat, auf den Kampf, auf die Praxis. Und da haben wir zu fragen: Widerspruch der Klassenkampf der Stellung, die die Evangelien dem wirtschaftlichen Leben gegenüber einnehmen? Oder ist der Klassenkampf gerade die praktische Uebertragung jenes Geistes in unsere moderne Zeit?

Das jüdische Volk jener Tage, von denen die Evangelien erzählen, stand unter römischer Herrschaft. Es lebte in politischer Knechtschaft, so daß das ganze Volk von nichts so sehr erfüllt war, als von der Sehnsucht nach politischer Freiheit. Man sollte meinen, daß die Evangelien darum, soweit sie zum praktischen Leben Stellung nehmen, auch vor allem von jenem politischen Freiheitsgefühl erfüllt sein müßten. Aber trotzdem klingt das politische Moment nur ganz unbedeutend heraus. Dagegen kommt immer und immer wieder eine klare Stellung gegen das wirtschaftliche Leben zum Ausdruck, woraus die besonders engen Zusammenhänge gerade zwischen wirtschaftlichem Leben und Christentum in die Erscheinung treten.

Wehe euch, ihr Reichen! Kann irgend etwas klarer und einfacher die Stellung bezeichnen, die jene religiöse Auffassung der Wirklichkeit gegenüber einnahm?

Wehe euch, ihr Reichen! — Liebe hatte auch Buddha gepredigt; Reinheit des Herzens hatte auch der große Chinese Laotse gelehrt. Aber: Wehe euch, ihr Reichen! Das ist das Wesentliche, Praktische, Kampfbewusste jenes Urchristentums.

Wehe euch, ihr Reichen! Wo ist die Kirche, die sich ein mutiges und befreiendes Wort wagt? Wo ist die Kirche, die aus dieser Lehre die Konsequenz zieht und in entschiedenem Kampfe angeht gegen dieses wirtschaftliche Herrentum unserer Zeit? Liebe predigen, das kann auch der Buddha und der Konfuzianer. Aber: Wehe euch, Kampf dem Mammon, daß Liebe möglich ist, das ist der Geist, der sich aus den Evangelien ergibt. So lange Mammon ist, kann keine Liebe sein! So lange Mammon ist, kann keine Religion sein! Denn niemand kann Gott dienen und dem Mammon.

Kann ein sittlich fühlender Mensch, der ohne jedes Vorurteil dem Leben gegenübersteht, leugnen, daß dieser Geist in unserer Zeit zu einer eindeutigen, entschiedenen Stellung gegen den Kapitalismus zwingt? Niemand kann Gott dienen und dem Mammon.

Und der Generalkrieg beim Rapp-Bulsch hat uns ja gelehrt, was ein geschlossenes Proletariat zu leisten vermag, wenn es weiß, das es um Großes geht.

Und weil Zaurès die Aufgabe der Gewerkschaften nicht nur in der Erfüllung von Augenblicksforderungen sah, sondern weil er die Gewerkschaften für wesentlich zur Erreichung des letzten proletarischen Endzieles hielt, darum dachte er ihnen auch in der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft große Aufgaben zu. Proletarischer Kampf war ihm in jedem Falle undenkbar ohne eine geschlossene gewerkschaftliche Front, und immer wieder leuchtete ihm hinter all diesen gewerkschaftlichen Kämpfen als reinster Sinn des ganzen proletarischen Ringens heraus das Ideal der Freiheit und Brüderlichkeit und Gerechtigkeit und der Freude.

Wenn der Krieg uns auch so manches geraubt und zerstört hat, und wenn er uns auch als erstes Opfer unseren Jean Zaurès genommen: nicht der Mensch ist, sondern die Idee. Und wenn sie vorhanden, dann ist auch das Wesentliche des Menschen da.

Gerade durch unsere Zeit geht ein großes Suchen nach Lebensinhalt und nach einem kulturellen Sinne des Daseins. Er liegt nicht außerhalb unseres Kampfes. Unser Kampf ist das befreiende Glück unserer Seele, wenn wir nur wissen, um was es geht. Drum weg mit aller Zerfahrenheit, und weg mit Müdigkeit und mit Kleinmut! Der sittliche Sinn unseres Kampfes ist zugleich der Kulturinn der Menschheit. Das war Zaurès' Auffassung von proletarischer Menschheitskultur, die zu der unseren zu machen die große Weltentstande erhelft. Dr. Gustav Hoffmann.

## Zaurès und die Gewerkschaften.

(Zur 10. Wiedertekehr des Tages seiner Ermordung.)

Als der Krieg vor nunmehr zehn Jahren begann, da verlangte der hohe imperialistische Militarismus als erstes Opfer den großen französischen Arbeiterführer und Freund der Menschheit Jean Zaurès, und wir können darum in diesen Tagen ersten Gedankens das heilige Gelübde „Nie wieder Krieg!“, das uns kürzlich noch der Internationale Gewerkschaftskongress in Wien aufgab, nicht ablegen ohne den starken Entschluß: Statt des Krieges aufwärts zur Menschheit im Geiste jenes Großen, der als erstes Opfer fiel.

Zaurès war eine Persönlichkeit, in der sich ein praktischer Kampf um das proletarische Recht in schönster Harmonie verband mit einem reinen idealistischen Glauben. Und in diesem seinem Kampfe um das proletarische Recht war ihm auch der gewerkschaftliche Kampf ein wesentlicher Faktor. An der Gewerkschaft, ihrer Entwicklung, ihrer Stärke sieht man, so sagte Zaurès, wie weit sich die proletarische Macht bereits verwirklicht hat. Die Gewerkschaften stellen nach Zaurès den Entwicklungsgrad der proletarischen Bewegung und der proletarischen Kraft dar. Sie bedeuten eine „wachsende wirtschaftliche Macht“ im proletarischen Befreiungskampfe um die Gerechtigkeit.

Wie keinem ganzen Streben so war auch seiner gewerkschaftlichen Auffassung der augenblickliche materielle Erfolg nicht die alleinige Aufgabe des Gewerkschaftskampfes. Gewiß sollten die Gewerkschaften das

augenblickliche wirtschaftliche Los des Proletariats verbessern, doch sollten sie zugleich gegen den Kapitalismus zum Zweck einer neuen kommenden Gerechtigkeit kämpfen. Ein hohes sittliches Ideal des Zusammenlebens war ihm auch des gewerkschaftlichen Kampfes letzter Sinn, die Welt der brüderlichen Gerechtigkeit. An sie glaubte er mit seiner ganzen Seele, und diesen Glauben an die Gerechtigkeit und die Erzielung zu diesem Glauben an das Ideal hielt er für ein notwendiges Stück proletarischer Aufklärungs- und Kampfarbeit.

„Man glaube nur nicht, daß es kindisch und nutzlos sei,“ so schreibt er, „sich auf die Gerechtigkeit zu berufen, daß sie ein ganz metaphysischer und unendlich dehnbare Begriff sei und daß jede Tyrannie sich den Mantel nach ihrem Belieben aus diesem banalen Purpur zurückgeschütteln habe. Das ist keineswegs der Fall. In der modernen Gesellschaft erhält das Wort Gerechtigkeit einen immer klareren, umfassenderen Sinn. Es besagt, daß in jedem Menschen, in jedem Individuum die Menschheit respektiert, das volle Menschentum möglichst entwickelt werden muß. Es gibt aber nur da wahre Menschenwürde, wo Unabhängigkeit herrscht, tätiger Wille, freie und freundliche Anpassung des Individuums an das Ganze.“

Aus dieser seiner Persönlichkeit heraus umgab er alle Aufgaben des proletarischen Kampfes mit Geist und Seele als einem wesentlichen Stück des Erfolges, und vor allem verlangte er von einer solchen gewaltigen proletarischen Kraftprobe wie dem Generalkrieg, daß sich die Arbeiterklasse für das Ziel, um das der Generalkrieg gehen soll, „wirklich und mächtig begeistere“.

Darum gegen den Mammon, daß ein göttliches Leben möglich ist! Je entschiedener der Kampf, um so reitgiger. Je klarer der Kampf, um so christlicher. Je mehr Klassenkampf, um so eher und um so lauter das Ideal der Liebe.

Darum bringt uns jeder wirtschaftliche Erfolg, den die Gewerkschaften in ihrem Kampfe dem eigenlich seine Macht behauptenden Gegner abtrotzen, dem sittlich reinen, neuen Menschen näher. In wirtschaftlicher Not, in slavischer Abhängigkeit kann sich niemals eine freie Seele entfalten. So lange noch Sorge ist, kann der Mensch nimmer Mensch sein. Darum auch „unser tägliches Brot heute“. Ja, „heute schon für morgen“, wie es in der alten Spruchsammlung heißt, aus der Matthäus wie Lukas ihre Evangelien gemeinsam geschöpft haben. Schon heute für morgen, daß doch die wirtschaftliche Sorge nicht ist, daß der Mensch doch im freien Ausleben seiner Seele das Wachsen der Menschheit zum neuen göttlichen Sein hinauf zu erleben imstande ist.

Das ist der große Kulturgedanke des Gewerkschaftskampfes, daß er den Menschen durch die wirtschaftliche Freiheit zur Persönlichkeit wachsen läßt. Das ist das große letzte Kulturziel des gewerkschaftlichen Klassenkampfes, daß er in einer neuen klassenlosen Welt allen Schwestern und Brüdern die Freiheit der Menschenseele ermöglicht.

„Wo dein Schatz ist, da ist dein Herz“. So lange das Leben auf wirtschaftliche Macht und wirtschaftliche Werte eingeeffelt ist, so lange ist die Menschenseele mit dem Materieffeln verquirlt. Erst wenn in der klassenlosen Welt die Wirtschaft Sache der Gemeinschaft ist, ist kein „Schatz“, kein Mammon, kein materieller Wert mehr vorhanden, an dem der einzelne hängen kann. Dann lebt jeder ohne Sorge und ohne wirtschaftlichen Zwang als freier unter freien, als Schwester unter Schwestern und als Bruder unter Brüdern. Dann ist die Welt gekommen, wie sie von allen Zeiten aller Zeiten geahnt und gekündet ward, das „Reich Gottes“ des Nazareners, das Ideal Schillers, die Welt der Freiheit und Liebe, die Welt der Gerechtigkeit.

Und da wagt man es, diesen großen Glauben unseres Kampfes zu trüben? Da wagt man es, die freie Gewerkschaftsbewegung, die von solch hohem letzten Gedanken getragen ist, anzugreifen?

Wer dem Geiste jenes Urchristentums gemäß leben will, der muß Kämpfer sein, der hat die religiöse Pflicht zu einer eindeutigen Stellung gegen den Mammon im Sinne des Wehe euch! dem ist der Klassenkampf ein göttliches Gebot.

Im freigewerkschaftlichen Kampfe um das wirtschaftliche Recht erzwingt sich die ewige Idee der Welt die Befreiung. Und darum schreitet unser Kampf zu leicht doch nur liegend hinweg über alles moderne Pharisäertum, das sich ihm in den Weg stellt.

## Die Arbeitszeit in Deutschland.

Eine statistische Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit, einschließend der geleisteten Ueberstunden, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit Hilfe der Ortsausschüsse vorgenommen, um festzustellen, in welchem Umfang die Verordnung über die Arbeitszeit vom 23. Dezember 1923 sich auf die Verlängerung der Arbeitszeit ausgewirkt hat. Als Stichtag wurde die Woche vom 12.—17. Mai d. J. gewählt. Die Erhebung umfaßte insgesamt 4122 Betriebe mit 2 453 523 Personen. Sie ist geteilt einerseits nach Berufen, andererseits nach wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten. Von je 100 erwachsenen Betrieben und Beschäftigten arbeiteten demnach in der Woche vom 12.—17. Mai länger als 48 Stunden:

	Ueber 48 Stunden		Zwischen 46 bis 48 Stunden	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
<b>A. Bezirke:</b>				
1. Baden . . . . .	41,4	53,3	1,7	1,2
2. Bayern . . . . .	37,4	68,0	1,9	4,1
3. Rheinland-Westfal. . . . .	44,4	81,2	14,7	47,7
4. Hessen . . . . .	31,9	47,9	1,4	4,7
5. Thüringen . . . . .	28,2	39,4	3,5	5,6
6. Provinz Sachsen . . . . .	56,8	50,0	11,7	28,8
7. Sachsen . . . . .	35,5	58,4	1,0	1,7
8. Brandenburg . . . . .	30,4	36,4	2,8	1,7
9. Schlesien . . . . .	36,1	52,0	3,9	6,5
10. Hannover . . . . .	28,7	54,2	2,8	3,1
11. Hamburg . . . . .	13,0	32,2	0,4	4,2
12. Württemberg . . . . .	26,2	15,1	6,5	3,5
13. Lippe . . . . .	32,2	37,2	15,1	13,8
14. Saargebiet . . . . .	1,9	0,4	—	—
<b>Insgesamt</b>	<b>33,5</b>	<b>54,7</b>	<b>5,1</b>	<b>18,0</b>
<b>B. Berufe:</b>				
Baugewerbe . . . . .	41,4	11,0	2,6	2,9
Buchdruckgewerbe . . . . .	46,8	46,4	1,2	1,7
Chemische Industrie . . . . .	50,7	44,0	10,6	7,8
Holzgewerbe . . . . .	11,9	21,4	2,7	4,6
Metallindustrie . . . . .	52,1	63,5	10,8	21,1
Schulindustrie . . . . .	20,7	14,5	0,4	0,3
Textilindustrie . . . . .	78,2	82,4	2,5	0,4
<b>Insgesamt</b>	<b>38,5</b>	<b>54,7</b>	<b>5,1</b>	<b>18,0</b>

Diese Feststellung ist nur eine Stichprobe, die aber doch ein ziemlich getreues Bild von der Arbeitszeit in Deutschland geben dürfte. Ausnahmen von der Erhebung sind die Industrien, wo die Arbeitszeitverlängerung mit den Reparationskosten zusammenhängt (Bergbau).

Nach dieser statistischen Erhebung markiert die Textil- und Metallindustrie an der Spitze. Dies findet auch seinen Niederschlag in der Erhebung über die einzelnen Industriegebiete, wo Rheinland-Westfalen, Bayern und Sachsen, Länder mit vornehmlich Metall- und Textilindustrie, den größten Anteil haben. Bei den Berufsgruppen ist der Achtstundentag im wesentlichen noch erhalten bei den Bauarbeitern. Im Baugewerbe ist jedoch ein scharfer Kampf um die Arbeitszeit entzündet. Im Saargebiet ist, nach der Tabelle der Achtstundentag fast restlos erhalten worden. In Betracht kommt jedoch, daß die Arbeitszeitverordnung hier keine Geltung hat.

Nach der Statistik sind in Deutschland 54,7 Proz. länger als 48 Stunden beschäftigt und davon 13,0 Proz. über 54 Stunden. Wirtschaftskrisis, Inflation und lange Hungerjahre haben den deutschen Arbeiter seiner Widerstandskraft beraubt. Wie die Kämpfe an vielen Orten beweisen, ist die Depression überwunden. Die Arbeiterklasse wird den Achtstundentag, um den sie Jahrzehnte gerungen hat, nicht endgültig sich entziehen lassen. Für die Arbeiterklasse ist der Achtstundentag mehr als ein Arbeitszeitproblem. Er ist ein Kulturproblem, eine Forderung, deren Erfüllung gleichbedeutend ist mit kulturellem Aufstieg der Arbeiterklasse. Von der Notwendigkeit des kulturellen Aufstiegs überzeugt, wird die Arbeiterklasse den Kampf um den Achtstundentag energischer denn je betreiben.

## Aus dem Steinbrudergewerbe.

### Rürten-Fürth.

Mindestlöhne im Steinbruch ab 12. Juli 1924. Stein-Zinksteiner und Steintransporteure nach einem Jahr Beruf: über 24 Jahre 100 Proz., von 21 bis 24 Jahren 85 Proz., von 18 bis 21 Jahren 70 Proz., von 16 bis 18 Jahren 55 Proz. Hilfsarbeiter und Stoßträger: über 24 Jahre 90 Proz., von 21 bis 24 Jahren 75 Proz., von 18 bis 21 Jahren 65 Proz., von 16 bis 18 Jahren 50 Proz., unter 16 Jahren 30 Proz. Anlegerinnen jeden Alters 58 Prozent. Fräulein jeden Alters 55 Prozent. Zieherinnen jeden Alters 50 Prozent.

Goldauflegerinnen über 21 Jahre 58 Proz., von 18 bis 21 Jahren 50 Proz., von 16 bis 18 Jahren 42½ Proz., Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre 48½ Proz., von 18 bis 21 Jahren 42½ Proz., von 16 bis 18 Jahren 37½ Proz., unter 16 Jahren 25 Proz.

Anlegerinnen an Dffsetpressen erhalten pro Woche 1,80 Mt. Zuschlag. Jugendliche unter 16 Jahren, soweit sie an der Maschine oder als Goldauflegerinnen beschäftigt werden, erhalten die Tariffätze der betreffenden Berufsgruppe bzw. der untersten Altersstufe.

Für jede über 48 Wochenstunden bis zu 53 Wochenstunden geleistete Mehrstunde ist ein Zuschlag von 20 Proz. zum 48. Teil des Wochenlohnes zu zahlen. Entschädigung für Bronzepulver- und Abstaubarbeiten, für Arbeiten an den Farbreibmaschinen sowie für Reinigen der Bronzepulver- und Abstaubarbeiten: a) Hands- und Maschinenbronzieren 12 Proz., b) Pulverarbeiten (Keramik) 10 Proz. auf den jeweiligen Stundenlohn. Wo die Bezahlung nach 1000 Bogen erfolgt, soll grundsätzlich mehr verdient werden, doch muß der garantierte Mindestlohn 10 bzw. 12 Proz. über den jeweiligen Stundenlohn betragen. Ferien bleiben für das Jahr 1924 unverändert.

## Aus den Zählstellen.

Dresden. Am 17. Juli nahm eine gut besuchte Versammlung des Stein- und Buchdruckhilfspersonals den Bericht über die fälligen Lohnforderungen entgegen. Rolf Herrmann erläuterte eingangs seiner Ausführungen die Gründe für die Verzögerung der Verhandlung. Er gestellte hierbei das Verhalten einzelner Mitglieder, welche durch Beitragsperre ihren Unwillen über die Verzögerung der Lohnregelung glaubten kundtun zu müssen. Auf die Verhandlungen eingehend, schilderte er die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um das Resultat zu erzielen. Daraufhin gab er die Lohnregelung bekannt, die in Nr. 30 der „Soll“ schon veröffentlicht wurde. Eine Nachzahlung vom 1. Juni an zu erreichen war nicht möglich, da die Arbeitgeber die sonst vereinbarten Gehälter reduziert hätten. Es sei aber gelungen, das Abkommen vom 21. Juni an rückwirkend zu tätigen. Der Berichtsführer erläuterte dann die Frage: Annahme oder Ablehnung des Vereinarbates. Er glaube aber voraussagen zu müssen, daß eine Ablehnung Kampf bedeute, und daß dieser eine Nachfrage darstelle, sollte man sich die Entschädigung reichlich überlegen. Er persönlich, und auch die Lohnkommission, glaubten die Annahme des Lohnabkommens empfehlen zu müssen. Die eingehende Diskussion war eine sehr rege. Ein großer Teil der Redner und Rednerinnen sprach für Annahme. Nur zwei Redner sprachen für die Ablehnung und den Streik. Die Abstimmung ergab die Annahme gegen 12 Stimmen. Im Schlußwort wies Rolf Herrmann die unberechtigten Angriffe auf die Organisation zurück und gestellte in treffenden Worten die unverantwortliche Art, den Streik zu empfehlen, obwohl den Betroffenen nicht unbekannt sei, wie die Stimmung unter der Kollegenchaft sei. Nach einem Appell des Rolf Läubrich, nunmehr den organisatorischen Pflichten nachzukommen, fand die Versammlung ihr Ende.

Ceplig. Am 23. Juli fand im Schloßkeller unsere halbjährsversammlung statt. Den Bericht gab Kollege Beyer. Er ging ein auf die vollzogene Stabilisierung der Währung und die damit verbundene Besserung der Organisationsverhältnisse. Ueber die Angriffe der Unternehmer auf den Tarifvertrag, die Arbeitszeit, Lohn, Ferien usw. machte er interessante Ausführungen. Er ging dann noch des näheren auf die einzelnen Sparten, insbesondere die Schriftgießerei ein. Ferner wies Kollege Beyer auf die Interessengemeinschaft der Gehilfen und Hilfsarbeiter hin und hob hervor, daß speziell die hiesige Leitung der Buchdruckerorganisation es sich angelegen sein läßt, im Interesse unseres Verbandes das Größtmögliche zu leisten. In kurzen, aber eingehenden Ausführungen beleuchtete sodann Kollege Wolfen den Kassenbericht. Den Kartellbericht gab Kollege Gelfe. Es haben drei Sitzungen der Kartellbelegierten stattgefunden, die sich mit den Richtlinien über die Pflichten, mit verschiedenen Sammlungen für die Metallarbeiter, Bergarbeiter usw., dem Gewerkschaftsfest, der Maifeier, sowie mit dem Vorgehen der Kommunisten gegen das Volkshaus und anderen Angelegenheiten befaßten. In der Diskussion wurde keine Kritik an dem Bericht des Vorsitzenden, wohl aber an dem des Kassierers und der Kartellbelegierten geübt. Kollege Lind-

## Vierter Lehrgang der Akademie der Arbeit zu Frankfurt a. M.

Vom 1. Oktober 1924 bis 30. Juni 1925.

Die Lehrgänge der Akademie der Arbeit werden in Zukunft am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni des darauffolgenden Jahres dauern, während sie sich bisher vom 1. Mai bis 15. Februar erstreckten. Diese Aenderung wurde münchenswert, weil für die Sommermonate vom Studium freibleiben, für die wegen der Universitätsferien — schwer Dozenten für Vorlesungen zu haben waren und in denen auch die Höhe der geistigen Arbeit nicht günstig war.

Der vierte ordentliche Lehrgang der Akademie der Arbeit beginnt am 1. Oktober 1924 und soll bis zum 30. Juni 1925 dauern. Für Unterkunft und Verpflegung muß jeder Hörer selber sorgen. Bei der Wohnungsverfassung sind die Frankfurter Ortsgruppen der einzelnen Gewerkschaften und Verbände (für Angehörige der freien Gewerkschaften aus dem Frankfurter Ortskreis) beihilffig. Ein preiswerter Mittags- und Abendbrot steht den Hörern im Erfahrungsraum der Universität zur Verfügung. Anmeldungen sind möglichst in der Zeit vom 15. bis 30. August an die Kanzlei der Akademie der Arbeit zu richten (Frankfurt a. M., Universität, Mertelstraße 17). Solche Hörer, die nicht von einem Verband oder einer Behörde zur Akademie entsandt werden, müssen einen Antrag auf Zulassung zum Lehrgang unter Befugung eines Lebenslaufes und möglichst auch von Empfehlungen an das Dozentenkollegium der Akademie richten.

### Lehrplan des vierten Lehrgangs:

#### I. Allgemeine und Einführungs-vorlesungen:

Einführung in die Studienaufgaben der Akademie. — Die Ordnungen des Volkslebens: Wirtschaft, Gesellschaft, Staat (Arbeitsgemeinschaften). — Weltgeschichte im Grundriß. — Geistesgeschichte der Neuzeit.

#### II. Wirtschaft:

Volkswirtschaftslehre im Umriß; — Wirtschaftsgeographie. — Betriebswirtschaftslehre. — Soziale Betriebslehre. — Finanzpolitik. — Industriebetriebslehre. — Landwirtschaft. — Gewerbe und Gewerbesteuer. — Lohnpolitik. — Kartelle und Trusts. — Statistik. — Psychotechnik. — Volks- und Gewerbygiene (mit Führungen). — Bau und Wärf. — Valutafragen. — Wirtschaftliche Tagesfragen. — Einführung in die theoretische Nationalökonomie (mit volkswirtschaftlichen Übungen). — Geschichte der ökonomischen Lehmeinungen. — Heimarbeit. — Aufbau und Probleme der modernen Handels- und Industrieländer.

#### III. Recht:

Grundgesetze des Privatrechts und des öffentlichen Rechts. — Recht der Erwerbsgesellschaften. — Strafrecht und Kriminalpolitik. — Staatsrecht. — Arbeitsrecht. — Schlichtungswesen und Arbeitsprozeßrecht.

#### IV. Politik:

Allgemeine Staats- und Rechtslehre. — Seminar über politische Tagesfragen (fakultativ). — Reichsver-

fassung (unter Berücksichtigung der übrigen Verfassungformen der Gegenwart). — Kommunalpolitik.

#### V. Soziologie und Sozialpolitik:

Allgemeine Gesellschaftslehre. — Die Gesellschaftslehre von Karl Marx. — Seminar über Lassalles Arbeiterprogramm (fakultativ). — Grundzüge der Sozialpolitik. — Die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung bis zur Gegenwart. — Gewerkschaftspolitik. — Seminar über Gewerkschaftspolitik (Lektüre von Th. Brauer: „Die Krise der Gewerkschaften“ und anderen Schriften) (fakultativ). — Aufbau und Politik der Arbeitgeberverbände. — Sozialismus und soziale Frage. — Übungen zu der Vorlesung „Sozialismus und soziale Frage“ unter besonderer Berücksichtigung der Schriften des englischen Hildesheimer Sozialisten (Cole: „Selbstverwaltung in der Industrie“) (fakultativ). — Seminar über die Probleme von Staat und Gesellschaft (im Anschluß an Lorenz von Stein: „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich seit 1789“) (fakultativ). — Christliche Soziallehren. — Städtische Wohlfahrtspflege.

Wenn Beamte in genügender Zahl an dem Lehrgang teilnehmen, werden außerdem noch besondere Vorlesungen für Beamte und Behördenangestellte abgehalten. Es sind vorläufig in Aussicht genommen Vorlesungen über:

Verwaltungsrecht. — Beamtenrecht. — Geschichte des Beamtenrechts. — Geschichte der Beamtenbewegung. — Je nach der Zusammensetzung der teilnehmenden Beamten und Angestellten treten weitere Spezialvorlesungen hinzu.

ner machte das Kartell sowie den ADGB verantwortlich, die Richtschnur ist herbeigeführt zu haben, wie er überhaupt alle Maßnahmen des Kartells herabzusetzen verfuhr. Auch ein Teil der übrigen Disziplinäre glaubte, das A und O der Gewerkschaftspolitik liege in der Beschneidung der gewerkschaftlichen Instanzen. Die Berichtersteller, sowie der Kollege Grünhaller, waren leicht in der Lage, die Ausstellungen und Anfeindungen zurückzuweisen bzw. richtigzustellen. Kollege Lindner brachte noch einen Antrag ein, nach welchem der Beschluß der Volkshausverwaltung, den Kommunisten das Volkshaus erst dann wieder zu übergeben, wenn sie sich eines anständigen Betragens befähigen, aufgehoben wird. Unter stürmischen Gegenprotesten wurde dieser Antrag gegen 18 Stimmen abgelehnt. Weiter wurde ein Antrag von der Ortsverwaltung eingebracht, die Verbandzeitung, unsere „Solidarität“, obligatorisch in Leipzig einzuführen. Mit dieser Einführung soll ein vierzehn Tage ein Mitteilungsblatt jedem Mitglied ausgehändigt werden. Um die Unkosten zu decken, soll im Monat 10 Pf. Beitrag mehr erhoben werden. Durch die inzwischen stark gestiegene Veranlassung wurde dieser Antrag auf Wunsch der Anwesenden bis zur nächsten Versammlung vertagt. Unter Vorsitzendem machte Kollege Beyer einige Mitteilungen. Den Arbeitlichen rief er wieder ins Gedächtnis, daß sich jeder im Bureau zwecks Abstempelung seiner Kontrollkarte in jeder Woche einmal einzufinden hat. Bei Nichtdurchführung dieser Kontrolle geht jedem Mitglied die eventuelle Strafbußung für Arbeitslos verlustig. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten, mit dem Hinweis weiter für den Verband agitatorisch zu wirken, schloß Kollege Grünhaller die Versammlung.

## Rundschau.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat nach dem Bericht des Reichsarbeitsblatts im vergangenen Monat eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Zahl der unterfügten Erwerbslosen hat sich von 208 258 am 1. Juni d. J. auf 240 766 am 1. Juli erhöht. Die Anträge haben sich infolge des Geldmangels weiterhin vermindert. Aus demselben Grunde ist in vielen Betrieben die Kurzarbeit eingeführt. Auch ist die Zahl der Konturfe gewachsen.

Das Buchdruckgewerbe ist bis jetzt von der Krise nicht so stark betroffen. Die Schwierigkeiten bei Herbeibringung der Außenarbeiten schwinden jedoch die Betriebsmittel. In einigen Betrieben ist man zu Kurzarbeit und sonstigen Betriebs-einschränkungen übergegangen. In Berlin hat in der ersten Hälfte des Monats noch eine Besserung der Beschäftigungszahl eingetreten, ist seitdem jedoch zum Stillstand gekommen. Aus Thüringen und Provinz Sachsen werden Entlassungen gemeldet. Am chemischgraphischen sowie Kupferdruckgewerbe ist eine Besserung vererbt nicht zu verzeichnen.

Bei Ford wird nur fünf Tage gearbeitet. Henri Ford hat diesen Sommer für seine Angehörigen des Arbeitsbauers auf fünf Tage in der Woche herabgesetzt. Er bringt kein finanzielles Opfer, indem die verkürzte Arbeitszeit auf den Sommerurlaub der Angestellten angerechnet wird. Außerdem erfolgte jetzt in der Automobilindustrie — die allerdings nur einen Teil der Forschungsbetriebe darstellt — ein Abflauen der Konjunktur. Demzufolge ist der Neuerung keine grundsätzliche Wichtigkeit beizumessen. Beachtenswert ist dagegen die Erklärung Henri Fords, dieses bedeutenden Wirtschafters, laut welcher eine fünfjährige Arbeitszeit der Angestellten für einen jeden Industriebetrieb vollkommen genügt, muß.

Gewerkschaften durch Bilder. Da die Arbeit in den gewerblichen Betrieben allseitig große Opfer an Leben und Gesundheit erfordert, will die Reichsarbeitsverwaltung der Arbeiterschaft durch eindrucksvolle Bilder, die in den Arbeitsstätten usw. in wechselnder Folge zum Aushang gebracht werden sollen, ständig die Gefahr der Arbeit vor Augen führen. Das Zustand hat den Gedanken bereits praktisch mit Erfolg durchgeführt, besonders Amerika und Holland. Die Darstellungen sollen technisch richtig, in leicht faßlicher Weise, das Wesentliche der dargestellten Vorgänge herausarbeiten; außerdem müssen sie auf künstlerischer Höhe stehen und zugleich dem Empfinden des deutschen Arbeiters angepaßt sein. Im Preisrichterkollegium befindet sich u. a. Th. Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ethik und soziales Los. Nach der neuesten Thüringer Statistik sind 75 Proz. der Strahligen Eigentumsverbrecher, und von diesen 75 Proz. werden 80 Proz. in der Freiheit nachher wieder rückfällig.

Zeigen diese kurzen Zahlen nicht deutlich, daß es das unbedrückte Recht auf das Leben ist, das diese Bedauernswerten abtrennt läßt? Gebt jedem das Seine! Gebt ihm alles, was wirklich zum Leben gehört; und die Verbrecher werden zum großen Teile gewesen sein.

Daß jene beiden Thüringer Zahlen nur in diesem Sinne anzulegen sind, beweist auch die vergleichende Statistik. Je größer z. B. die Teuerung, um so größer die Zahl der Diebstähle.

Die soziale Gerechtigkeit ist darum besser als alle Predigten und moralischen Lehren, und der gewerkschaftliche Kampf um das wirtschaftliche Recht aller proletarischen Schweltern und Brüder ist die beste praktische Ethik.

Familie und Kultur. Im Jahre 1913 löste der Tod die Ehe in 24 unter 1000 Fällen, nach der neuesten preussischen Statistik des Landesamtes aber im Jahre 1918 in 45 Fällen. Im Durchschnitt war im Krieg die Zahl der Fälle, in denen der Tod den Gatten nahm, 4,3 Proz. d. h. höher als vorher. Aber trotzdem redet die Hehr so gern von der Kultur der Familie. Wenn der Familie eins dienlich ist, dann ist es der Geist der Internationalität. Das sollten sich vor allem die Frauen merken!

Die Unternehmer sagen. Gleich den Arbeitern leiden auch die „Unternehmer“ bittere Not. Sie haben jedoch fast alle den Zug der Entwicklung mitgemacht und haben sich, ebenfalls gleich den Arbeitern, Berufsorganisationen geschaffen, sogenannte Unternehmerverbände. Verschiedene Unternehmergruppen, denen die Not scheinbar noch nicht bis zum Kopfe gestiegen ist, finden erst langsam diesen Weg, der auch ihnen endlich wieder bessere Zeiten bringt oder bringen soll. Zu denen, die vom alten Zeit noch lange haben können, aber jetzt doch der „Not“ Rechnung tragen müssen, gehören die jedem Mitteiligen auf der Straße durch ihr ärmliches, schicktes Aussehen auffallenden Engroschlichter-

meister. Am Sonntag, den 20. Juli, fand in Berlin die Gründungstagung des „Reichsbundes der Engroschlichter“ statt. Der „Not der Zeit“ und der Würde der Tagung entsprechend hatte man von allen größeren Feiertaglichen Anlässen genommen und die Tagung mit folgendem Programm zu Ende geführt:

Sonnabend, den 19. Juli, zwischen 6 und 7 Uhr, Empfang der Delegierten, anschließend Autofahrt nach dem Lunapark, dortselbst gemeinsames Zusammensein. Vorausschicklich erhält der Interessiertenverband der Berliner Engroschlichtermeister 150 Gratiskarten.

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, Beginn der Sitzung, eine längere Mittagspause, dann Fortsetzung der Sitzung, 4 Uhr nachmittags Autofahrt durch Berlin, darauf Zusammenkunft im Zoologischen Garten.

Montag, den 21. Juli, für die noch anwesenden auswärtigen Gäste Besichtigung des Vieh- und Schlachthofes und der Verkaufshallen, anschließend Autofahrt nach Wannsee und Potsdam. Abends Abschiedsschoppen im Krollgarten.

Die zu leistende enorme Arbeit konnte am Sonntag zwischen 10 und 4 Uhr geleistet werden. Daß eine ausreichende Mittagspause dazwischen liegt, ist selbstverständlich. Nun werden ja auch die Arbeiter begreifen, warum die Unternehmer Gegner des Achtstundentages sind. Hoffentlich werden die Engroschlichtermeister uns nicht das erste Ei ihrer neuen Organisation in Form von Fleischpreis-erhöhungen überreichen.

Christliche Gewerkschaftsvertreter für Hungerzölle. Am 15. Juli fand eine Aussprache der Gewerkschaften aller Richtungen mit dem Reichsernährungsminister über die Schutzölle statt. Die freien Gewerkschaften erklärten sich energig gegen die einzuführenden Schutzölle, mit denen erstens mal der angelegte Zweck, der Landwirtschaft zu helfen, nicht erreicht wird, sondern nur den Agrariern neue Gewinne zugeworfen werden, und zweitens die Lebenshaltung der Bevölkerung durch die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel enorm gesteigert wird, also neue Teuerung und damit neue Not in der Arbeiterhaushalt einzieht. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Waltrauf, vertrat hier wieder einmal die Interessen der Agrarier und setzte sich für die Schutzölle ein. Er führte aus, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands unter der Wirkung der Schutzölle sich außerordentlich gehoben hat. Ebenso könne die Landwirtschaft nur durch die Schutzölle zur Blüte gelangen. Er wandte sich nur gegen die Zölle auf Getreide und Büchsenfleisch. Zulezt sprach er noch die Hoffnung aus, daß die Landwirtschaft für das Entgegenkommen der Arbeiter in der Schutzölfrage auch ihrerseits den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft, die bisher sehr flehentlich von ihnen behandelt worden sind, mehr Verständnis entgegenbringen werden.

Hier zeigt die christliche Gewerkschaft wieder ihr wahres Gesicht. In ihrem Wahn der Volksgemeinschaft und ihrem fanatischen Haß gegen den Klassenkampf machen sie den Industriellen eine Konzession nach der anderen. Ihnen ist der Hunger ihrer Mitglieder nicht soviel wert, als daß sie auch den Unternehmern einmal die Wahrheit über ihre Auffassung über die Volksgemeinschaft sagen. Mit dem Appell an die Landwirte wird Waltrauf wenig Erfolg erzielen. Was bedeutet der Arbeiterschaft auch eine erfüllte sozialpolitische Forderung, wenn die wichtigste sozialpolitische Forderung, eine annehmbare Lebenshaltung, nicht erfüllt wird. Als Propaganda für die christlichen Gewerkschaften wird ihr Standpunkt in der Schutzölfrage auf keinen Fall dienen.

Gildenbewegung in Frankreich. Eine Anzahl führender Gewerkschaften und Sozialreformer haben vor kurzem einen Verein gegründet, um für die Schaffung von Arbeitsgenossenschaften wissenschaftliche und praktische Propaganda zu machen. Es wurden folgende Programmpunkte aufgestellt: 1. Die Organisationen der Arbeiter sollen frei aus ihren Reihen Genossenschaften für die Verwendung der Arbeitskraft gründen. 2. Die Kosten der Ausübung der übernommenen Arbeit sollen zwischen dem Unternehmer und den Vertretern der Arbeitergenossenschaft vereinbart werden. 3. Die Leiter der Genossenschaft sollen von den Arbeitern gewählt werden, wie auch die Verteilung der Arbeit durch die Genossenschaft selbst erfolgen muß. 4. Den Verkaufspreis für die Ausübung der Arbeiten sollen die zu Genossenschaften verbündeten Arbeiter untereinander verteilen. In diesem Programm zeigt es sich, daß die sozialistische Sozialpolitik die Schaffung von Gilden, beziehungsweise gildensähnlichen Einrichtungen im Auge haben.

Die deutschen Sozialdemokraten im tschechoslowakischen Parlament haben einen Antrag eingebracht, der die gesetzliche Festlegung der Ferien begreift. Es werden gefordert: a) Sechs Arbeitstage, wenn das Dienstverhältnis mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre gedauert hat; 10 Arbeitstage, wenn das Dienstverhältnis mindestens 5 und höchstens 10 Jahre gedauert hat; c) 15 Arbeitstage, wenn das Dienstverhältnis mindestens 10 und höchstens 15 Jahre gedauert hat; d) 20 Arbeitstage, wenn das Dienstverhältnis mindestens 15 Jahre gedauert hat. Personen unter 18 Jahre haben Anspruch auf einen Urlaub von 14 Tagen. Für das Ausmaß des Urlaubes ist maßgebend die ganze Dauer des Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses, mag dasselbe auch bei verschiedenen Arbeitgebern vollstreckt worden sein. Die Zeit des Militärdienstes, der Erfüllung öffentlicher Funktionen, unvergüteter Arbeitslosigkeit, Krankheit oder unverschuldeter Verhinderung an der Arbeitsleistung wird in die für das Ausmaß des Urlaubes maßgebende Dauer des Dienstverhältnisses eingerechnet.

Die Zeitschrift der Buchdrucker der tschechoslowakischen „Gutenbergs“ bemerkt zu diesem Gesetzentwurf, daß nachdem die Feiertage abgeschafft worden sind, die Notwendigkeit der gesetzlichen Festlegung der Ferien eine noch stärkere ist. Wenn alle wirklichen Arbeitervertreter am Werke sind, sagt das Blatt weiter, muß das Urlaubsrecht Wirklichkeit werden.

Die Gewerkschaften und die Gründung einer Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten. In Cleveland tagte am 5. Juni die „Konferenz für fortschrittliche, aufbauende Politik“ zur Wahl eines Präsidenten und Vizepräsidenten. Senator La Follette soll als Kandidat für den ersten Posten und James H. Maurer, Präsident des Pennsylvanischen Arbeiterbundes, als Kandidat für den zweiten Posten aufgestellt werden. Der Einfluß der Arbeiter in den Vereinigten Staaten ist durch die Unzufriedenheit mit den alten Parteien, die Verweigerung liberaler Konzessionen seitens der Republikaner und die arbeitervölkische

Haltung des letzten Kongresses gestiegen. Die Aussichten der Bildung einer neuen politischen Arbeiterpartei sind aber trotzdem sehr klein. Die oben erwähnte Vereinigung für fortschrittliche Politik ist bereits eine nationale Organisation. Angesichts der Stärke der Bauernpartei kann jedoch keine Arbeiterpartei, die sich vor allem aus industriellen Elementen zusammensetzt, auf einen unmittelbaren politischen Erfolg rechnen. Die Gewerkschaften haben einen ziemlich großen Einfluß auf die Vereinigung. Alle nationalen und internationalen Verbände haben das Recht auf Abordnung von drei Delegierten, ferner können Bezirks- und Ortsgruppen eine beschränkte Anzahl Delegierte abordnen. Endlich bilden die Eisenbahnerorganisationen, die insamt 1 500 000 Mitglieder zählen, das Rückgrat der Organisation. Da La Follette Stellung wird durch die ihm günstig gestimmten Gruppen der Bürger deutscher und irischer Abstammung gestärkt. Sein Einfluß im Nordwesten soll dagegen wegen seiner Abneigung gegenüber den Kommunisten ein wenig geschwächt worden sein. Auf alle Fälle wird er aber wahrscheinlich stark genug sein, um den Erfolg der zwei alten Parteien zu vereiteln. Die kommende Parlamentsperiode wird deshalb Verhältnisse schaffen, die früher oder später zur Konstituierung der Organisation als eine permanente politische Partei führen wird.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 21. bis 26. Juli gingen folgende Zahlungen bei der Hauptkasse ein:

Gau 1: Bielefeld 500 Mk.

Gau Leipzig 1500 Mk.

Berlin, den 26. Juli 1924.

S. Lodaqf.

## Literatur.

Urania. Unter diesem Titel gibt die „Urania“-Verlags-gesellschaft G. m. b. H., Jena, im engen Zusammenwirken mit den proletarischen Kulturorganisationen ab 1. Oktober eine monatlich erscheinende Zeitschrift „robt“ jährlich vier Buchbeilagen heraus. Die reich illustrierten Urania-Monatshefte bringen fesselnd und für jeden verständlich Beiträge zur Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre von rein wissenschaftlicher entwicklungstheoretischer Grundeinstellung aus, wie sie seit Karl Marx datiert. Die „Urania“ will nicht möglichst vielseitiges Wissen zusammenzufassen, das nur geeignet wäre, zu verwirren und von den Aufgaben des Proletariats abzulenken. Einerseits wird sie berichten über Wesen und Werden der Natur, besonders über die Stellung von uns Menschen zur Natur und zur hochentwickeltesten Technik. Aus Vor- und Kulturgeschichte wollen wir andererseits die Gesetze erkennen, die das Zusammenleben der menschlichen Gemeinschaften regeln und in Zukunft regeln sollten. Die Beilagen „Spaziergänge eines Naturforschers“ werden uns zu eigenen Beobachtungen anregen. Wir wollen die Welt aber auch mit soziologisch geschulten Augen durchwandern und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen nachspüren. Aufsätze über hervorragende Freidenker sollen zur Weltanschauung freier Menschen führen. Im Bobstalt „Der Welt“ werden Körperkultur, Gesundheitspflege, Lebensweise, Sport und Wandern Berücksichtigung finden.

Ueuerlich, in Umfang und Erscheinungsweise, werden die „Urania“-Hefte dem kapitalistischen Unternehmern „Kosmos“ gleichen, inhaltlich und organisatorisch sich aber sehr bedeutungsvoll von ihm unterscheiden.

Schon lange ist in der proletarischen Bewegung der Mangel einer solchen Zeitschrift hervorgetreten. Seitdem die „Neue Zeit“ ihren Charakter gewandelt hat, sind dem Proletariat Naturerkenntnis und -erkenntnis, Technik usw. nur noch aus Lagesetzungen unterbreitet werden, und daß diese Belehrung nur oberflächlich sein konnte, versteht sich von selbst. Der „Kosmos“, zu dem viele Proletarier in letzter Zeit gegriffen haben, ist bei seiner Objektivität doch ein Unternehmen, in dem nichtproletarische Anschauungen dominierend sind. Die „Urania“, als neu erscheinende Zeitschrift, wird wohl allseitig begrüßt werden und bald einen weitverbreiteten Leserkreis finden. Für die Güte des Inhalts bürgen die bis jetzt gewonnenen Mitarbeiter, die durchweg Genossen sind und unter denen wir Namen finden wie Dr. Max Deri, Dr. E. Ertes (Böhmische Museum Leipzig), Olga Eßig, Edo Fimmen (S. B. Amsterdam), Georg Engelbert Graf, Prof. J. Hermann (Technische Hochschule in Stuttgart), Otto Jenßen (Heimvolkshochschule Schloß Tinz bei Gera), Dr. Paul Kammerer, Dr. Rudolf Kimmel, Ernst Mühlbach, Prof. Dr. Robert Niemann, Prof. Dr. Julius Schögel, Prof. Dr. Heinrich Schmidt (Ernst-Haedel-Archiv in Jena), Dr. Quitschold Stern, Prof. Dr. Lotomianz (Universität Prag), Dr. Topf (Weltwirtschaftsinstitut Hamburg), Hermann Wendel.

Als erste Buchbeilagen sind in Aussicht genommen: „Entwicklung der Lebenslehre.“ Von Genossen Dr. Julius Schögel, Professor für Zoologie und Vorstand der Anstalt für experimentelle Biologie an der Universität Jena. „Die Gott erschaffen wurde!“ Eine Ura Geschichte der Religion von Genossen Dr. E. Ertes, Assistent am Völkermuseum und Privatdozent an der Universität Leipzig. „Erdöl und Erdölpolitik.“ Zum Verständnis weltwirtschaftlicher Zusammenhänge. Von Genossen Georg Engelbert Graf.

„Das proletarische Kind in Natur und Gesellschaft.“ Der Verfasser ist der bekannte Leiter der Kinderfreunde-bewegung in Wien, Dr. Kanitz.

Alle Kolleginnen und Kollegen seien schon jetzt auf die Neuercheinung hingewiesen. Den Bezug können wir jedem nur empfehlen. Bestellungen sind zu richten an „Urania“-Verlags-gesellschaft m. b. H., Jena, Spitzweidenweg 7.

Am 14. Juli 1924 verstarb im jugendlichen Alter von 10 1/2 Jahren unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin

**Frieda Hub**

(i. Fa. Peters, Nachf.) Ein dauerndes Gedenken verleiht

Die Zahlstelle Leipzig.

Verantwortlich die Redaktion: Dr. C. H. u. s. Charlottenburg, Westendstraße 14. Fernr.-: Amt C. 6848 1322. — Verlag: S. Lodaqf, Charlottenburg. — Druck: Bornardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.